

KoWi Fraunhofer-Gesellschaft Online-Seminar Verteidigungsforschung, 3.3.2023

Einführung Dr. Torsten Fischer, Leiter der KoWi

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch ich darf Sie heute ganz herzlich zu unserem (gemeinsam mit dem Brüsseler Fraunhofer-Büro durchgeführten) Online-Seminar zur Verteidigungsforschung begrüßen.

Es ist etwas mehr als ein Jahr her, dass die Ukraine von der Russischen Föderation völkerrechtswidrig angegriffen wurde. Die Welt, in der wir leben, ist seither nicht mehr dieselbe. Eine „Zeitenwende“ für alle Politikbereiche, natürlich auch für den Bereich „Forschung und Innovation“: Sichtbar wurde diese „Zeitenwende“ einerseits bei der – notwendigen – Aussetzung von Forschungsk Kooperationen mit staatlichen Einrichtungen in Russland; und andererseits durch die Akzentuierung einer „offenen strategischen Autonomie“ Europas auch bei sicherheitsrelevanten Technologien.

Es ist daher wenig verwunderlich, dass in der forschungspolitischen Debatte nun in Deutschland die gesamtgesellschaftliche Notwendigkeit, die Leistung und die Kapazitäten der Verteidigungsforschung mehr und mehr in den Blick genommen werden. Dies gilt auch und insbesondere für die deutschen Hochschulen: Denn bei vielen von ihnen wurde bei diesem Thema spätestens bis Anfang des vergangenen Jahres noch immer etwas „verschämt“ auf die Seite geschaut und – je nach Bundesland – entweder auf die Zivilklausel der Einrichtung bzw. das entsprechende Landeshochschulgesetz, oder auf das inhärente Konfliktpotential des Themas für die jeweilige Einrichtung verwiesen.

Dies hat sich innerhalb der letzten zwölf Monate grundlegend verändert.

Die „Verteidigungsforschung“ und ihre Rolle für die Stärkung der Resilienz Deutschlands und der EU wird nicht mehr nur in einschlägigen Fachzeitschriften betrachtet, sondern findet regelmäßig Eingang sowohl in forschungspolitisch ausgerichteten Zeitschriften als auch in der Medienberichterstattung insgesamt. Auch das BMBF in ihrer zuletzt für die Bundesregierung federführend formulierten „Zukunftsstrategie Forschung und Innovation“ und fast alle deutschen Wissenschaftsorganisationen befassen sich nunmehr mit dem Thema. Darüber hinaus ist das „Dual Use“-Risiko bei der Verwertung wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns – auch im Bereich der internationalen Forschungsk Kooperationen – spätestens seit den Studien des Centre for Research Security & Integrity (CRSI) oder des Konsortiums „Follow the Money“ zu den militärischen Anwendungen in China aus Wissenschaftsk Kooperationen mit Deutschland Thema geworden.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einmal auf einige zuletzt öffentlich geäußerte Positionierungen aus dem deutschen Wissenschaftssystem zu schauen:

Acatech-Präsident Jan Wörner ließ sich im online-Fachinformationsdienst „Research.Table“ wie folgt zitieren: *„Frieden braucht moderne Verteidigung. Deshalb müssen die bestehenden Zivilklauseln im Sinne einer friedenssichernden Forschung kritisch überarbeitet werden.“*

Im neuesten EFI-Gutachten lesen wir: *„Vor dem Hintergrund der Zeitenwende empfiehlt die Expertenkommission der Bundesregierung, bei ihrer eigenen F&I-Förderung mögliche Synergien zwischen militärischer und ziviler Forschung in den Blick zu nehmen.“*

Nun, es ist nicht das Kernthema unserer heutigen Veranstaltung, über die Zukunft der Zivilklauseln in Deutschland zu diskutieren. Überhaupt wird man wahrscheinlich fragen dürfen, ob die Zivilklauseln in der Praxis noch die in der Debatte offenbar zuerkannte Bedeutung haben.

Lassen Sie mich vor dem Einstieg in die Fachvorträge noch kurz einen Blick auf die politische Debatte zum Thema „Verteidigungsforschung“ in den Hochschulen werfen.

Nicht nur die mit der breiteren Politikberatung befassten Einrichtungen oder das Verteidigungsministerium selber kommentieren die Abstinenz der an Hochschulen vorhanden intellektuellen Kapazitäten zum Stellenwert der Verteidigungsforschung in Deutschland.

Auch Professor Peter-André Alt, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), äußerte sich vor kurzem dazu. Er spricht sich (im eben bereits zitierten „Research.Table“-Artikel) für eine verstärkte Diskussion über das Thema aus.

Die Leitungen zweier renommierter deutscher TUs, Frau Professorin Ittel aus Braunschweig und Frau Professorin Brühl aus Darmstadt, haben sich unlängst in einem Interview mit dem Wissenschaftsjournalisten Wiarda ebenfalls geäußert. Darin meint Frau Brühl: *„Die (auch in den TU9 geltenden) Zivilklauseln besagen, dass die Forschung friedlichen Zwecken dienen muss. Sie besagen nicht, dass die Bundeswehr nie Auftraggeber sein kann.“* In demselben Interview ergänzt Frau Ittel: *„Wir reden nicht über Militärforschung, die hat kaum Relevanz für Technische Universitäten. Wir reden über die Bedeutung von „Dual Use“. Und da müssen wir für jeden Einzelfall genau hinschauen und abwägen.“*

Eine deutliche Absage an die Beteiligung selbst der großen TUs an Verteidigungsforschung würde wohl anders klingen...?

Wie sieht es mit der EU-Förderung im Bereich der Verteidigungsforschung aus? Nun, auch die EU fördert kooperative Verteidigungsforschung seit einigen Jahren, und zwar mithilfe des European Defence Fund (Europäischer Verteidigungsfonds), der heute unser Thema sein soll. Deutschland steht derzeit in der Beteiligung im EDF

(ganz anders als beim FRP) weitab der Spitze, die von Frankreich, Italien und Spanien besetzt wird.

Fehlt es, diese Frage sei erlaubt, noch immer an Aufmerksamkeit der deutschen Wissenschaft, insbesondere der Hochschulen für die EU-Fördermechanismen in diesem Bereich – oder fehlen gar ganz banal die Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten? Eine Nationale Kontaktstelle (NKS) zur Verteidigungsforschung, wie es sie in den meisten anderen Segmenten der EU-Forschungsförderung in Deutschland gibt, sucht man jedenfalls hierzulande – noch – vergebens.

Wir haben diese Fragen immer wieder mit Vertretungen der Hochschulen bzw. den Hochschulleitungen diskutiert. Kleinster gemeinsamer Nenner dieser Gespräche war der ausdrückliche Wunsch von allen Seiten, sich diesem Thema vermehrt und unvoreingenommen zu widmen – was wir hiermit sehr gerne tun bzw. „*anteasern*“ – ganz im Sinne des eben zitierten HRK-Präsidenten Professor Alt – und mit dem Ziel, die Informationsbasis an den deutschen Hochschulen zu diesen EU-Fördermöglichkeiten zu verbreitern.

Sehr dankbar sind wir dem Brüsseler Büro der Fraunhofer-Gesellschaft und ihrer Leiterin Frau Verena Fennemann, dass man sich als erfahrene Player in diesem Bereich für das Online-Seminar heute mit der KoWi zusammengetan hat.

Ich möchte schon jetzt auch Frau Wach, Herrn Bäcker und Herrn Pastuszka danken, dass sie sich sofort zur Beteiligung an der inhaltlichen Gestaltung dieses Online-Seminars bereit erklärt haben.